

Inländerfeindlichkeit an Schulen nimmt zu

Kinder werden als „Schweinefleischfresser“ angepöbelt, Mitschüler „köpekler“ („Hunde“) genannt und Lehrerinnen als „Schlampen“ beschimpft - das ist mittlerweile trauriger Alltag an Deutschlands Schulen. Die noch brutaleren Zustände an den Neuköllner und Kreuzberger Problemschulen in Berlin sind nicht zuletzt wegen der Fernsehbilder in aller Munde.

Der dramatische Zuwachs von Rassismus, der vor allem von muslimischen Jugendlichen ausgeht, läßt sich inzwischen kaum mehr leugnen. Pädagogen klagen die Verhältnisse öffentlich an, die Bildungsgewerkschaft GEW veranstaltete jüngst eine Tagung mit dem Titel: An deutschen Schulen werden deutsche Schüler gemobbt. FDP-Generalsekretär Linder und die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Böhmer (CDU) fordern sogar eine Deutschpflicht auf dem Pausenhof.

Nun bringt eine neue Studie des Kriminologischen Instituts Niedersachsen (KFN) noch mehr Zündstoff. Ein Viertel der befragten Jugendlichen mit Migrationshintergrund hatten schon einmal bewußt einen Deutschen beschimpft. 4,7 Prozent hatten schon einmal einen Deutschen geschlagen. 2,1 Prozent der türkischen Jugendlichen gaben zu, ein von Deutschen bewohntes Haus beschädigt zu haben. Dennoch konzentriert sich die Medienberichterstattung darauf, daß laut dieser Studie die Türken bei den Deutschen besonders unbeliebt seien.

Doch auch in Österreich berichten Eltern von ähnlichen Erfahrungen aus dem Schulalltag ihrer Kinder, die häufig rassistischen Beschimpfungen ihrer ausländischen Mitschüler ausgesetzt sind. Während jedoch in Deutschland Pläne gegen die wachsende Inländerfeindlichkeit ausgearbeitet werden, will man sich hierzulande den schönen Multikulti-Traum nicht kaputt machen lassen. Für den freiheitlichen Jugendsprecher Christian Höbart ist der Rassismus gegenüber Inländern nicht tolerierbar. „Es wird Zeit, diese Zustände abzustellen“, fordert er.

Strafen für Meinung

Ende März befaßte sich Luxemburgs Regierung unter Ministerpräsident Jean-Claude Juncker mit dem Rahmenbeschluß des Europäischen Rates der die sogenannte „Leugnung des Holocaust“ EU-einheitlich regeln soll. Gemäß den EU-Vorgaben, auf Wunsch der damaligen BRD-Justizministerin Brigitte Zypries (SPD) forciert, soll in der EU jeder mindestens zwischen einem Jahr bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden, der „den Holocaust leugnet“. Die Luxemburger haben bereits ein Gesetz, das dieses Meinungsdelikt unter Strafe stellt, Artikel 457-1. Jedoch konnte man dafür bislang lediglich nur für acht Tage (!) bis zu sechs Monaten (!) ins Gefängnis kommen, wenn man „falsche Dinge“ sagte. Nun soll der Strafrahmen auf zwei Jahre erweitert werden, damit man mit der EU-Gesetzgebung konform

Geld im Überfluß

Rund 100 Milliarden Euro aus den EU-Strukturfonds, mit denen wirtschaftsschwache Regionen gefördert werden, liegen in Brüssel ungenutzt bereit. Bei solch übervollen Kassen ist der geregelte Abfluß der Milliarden wichtiger als deren optimale Verwendung. So hat der Europäische Rechnungshof festgestellt, daß jährlich gut elf Prozent der Strukturfonds-Mittel zu Unrecht ausgezahlt werden. Theoretisch muß jedes Land diese Gelder zurückgeben. Die Praxis ist anders. So erhielt beispielsweise Spanien binnen sieben Jahren rund 60 Milliarden Euro aus den Brüsseler Töpfen. Nach Berechnungen der Haushaltsexpertin im EU-Parlament, Inge Gräßle, hätte die Regierung in Madrid davon etwa 10,5 Milliarden Euro zurück überweisen müssen. Tatsächlich erstatteten die Madrider aber nur rund 1,5 Milliarden Euro - und niemand nimmt Anstoß. Auf Spanien, Griechenland und Italien entfallen etwa 95 Prozent aller Unregelmäßigkeiten. Die EU-Kommission ermittelt nicht einmal das genaue Ausmaß des Schadens.

geht. „Fortschrittlicher“ ist da Österreich, wo das Stramaß sogar lebenslang sein kann, in der BRD maximal fünf Jahre.

ZITAT

Mogens Glistrup, dänischer Politiker und Abgeordneter, auf den Vorwurf, er verstoße gegen das „Anti-Rassismus-Gesetz“: „Natürlich bin ich Rassist - das sind alle guten Dänen. Man ist entweder Rassist oder Landesverräter.“

Der hohe Preis der Zuwanderung

Die OECD kommt in einer aktuellen Studie zu dem Ergebnis, daß die entwickelten Länder dringend Immigranten brauchen, um das Wachstumspotenzial erhalten zu können. Ist das so? Das kommt darauf an. Angelsächsische Staaten - USA, Kanada, Australien - werben gezielt arbeitswillige Zuwanderer an, aber sie müssen qualifiziert sein. In Kanada beträgt die Quote der Hochqualifizierten 99 Prozent! Australien fordert, daß „Einwanderer bestens ausgebildet sind“ und „sehr schnell einen Beitrag zur Wirtschaft leisten können“. In den USA machen Ostasiaten fünf Prozent der Bevölkerung aus, aber sie stellen 30 Prozent der Computerexperten.

In scharfem Kontrast dazu steht Deutschland. Dort ist, so das Statistische Bundesamt, zwischen 1970 und 2003 die Zahl der Ausländer von drei auf 7,3 Millionen gestiegen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen, also arbeitenden Ausländer blieb hingegen mit 1,8 Millionen gleich! Es sind also mehr als vier Millionen Zuwanderer ohne Umweg über den Arbeitsmarkt in der sozialen Hängematte gelandet. Die Kosten sind enorm, geschätzte eine Billion Euro Staatsschulden gehen auf das Konto dieser Gruppe.

Und Österreich? Bei uns leben etwa 1,4 Millionen Menschen ausländischer Herkunft, der Großteil gut integriert. Branchen wie Bau oder Krankenhäuser kämen ohne sie gar nicht mehr aus. Echte Probleme gibt es nur mit Leuten aus einem Kulturkreis, wo Burschen Bildung und Benehmen als unmännlich erachten und Forschung und Erfindungen als Teufelszeug. Aber deutsche Verhältnisse gibt es bei uns nicht. Ein Grund: Seit Jahren kommen die meisten Immigranten aus Deutschland...

Die Abwehr steht!

So schreibt die ehemalige Stasi-Mitarbeiterin Anetta Kahane am 12. Juli 2010 in der Berliner Zeitung.

Wer ist diese Anetta Kahane?

Sie ist die Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, aus einem kommunistischen, jüdischen Elternhaus kommende, uns Volksdeutsche als „Biodutsche“ bezeichnende IM der Stasi mit dem Decknamen „Viktoria“.

Ihr Führungsoffizier Mölneck bezeichnete sie als ehrlich und zuverlässig Berichtende, die sich auch nicht davor scheute, Personen zu denunzieren. Als Nachfolgerin von Barbara John als Berliner Ausländerbeauftragte scheiterte sie wegen ihrer IM-„befleckten Vergangenheit“.

Laut ihrem Bericht in der Berliner Zeitung hat sie die Spiele der DFB-Auswahl mit arabischen Freunden und „Berliner Türken“ in einem Falafel-Lokal in Berlin-Mitte gefeiert. Sie schreibt, daß die Farben Schwarz-Rot-Gold in ihrem Lokal für alle gegolten haben einschließlich ihrer selbst als „Biojüdin“. Frau Kahane meint, daß diese BRD mit dieser Mannschaft ihre Vergangenheit (sie meint die politische) nicht hinter sich gelassen hat - da ist ihr nicht zu widersprechen.

Sie erlebte die WM ganz unverkrampft - diese Spieler wie Özil, Cacao oder Boateng sind das neue Deutschland. Sie sind die „Abwehr“ in diesem Deutschland mit zum Teil haarsträubendem Rassismus.

Frage an Frau Kahane: Wann wird in der israelischen Auswahl der erste Palästinenser stehen?

Im Übrigen war am 17. Juli in der gleichen Zeitung zu lesen, daß der italienische Fußballverband nur noch einen Ausländer je Verein und Mannschaft gestatte. Die „Bioitaliener“ wissen es vielleicht mal wieder besser.

Israel entschuldigt sich bei der Türkei

Lange vor Metternich und unseren heutigen Hexenverfolgern kam es in Wien am 2. Mai 1668 zu einer seltsamen Exekution. Es wurde ein Buch von Johannes Heinrich Andler verbrannt, in dem Unzukömmlichkeiten während der Türkenkriege aufgedeckt worden waren. Da man den Autor nicht finden konnte - Internet gabs noch nicht - hielt man sich an erwähntem Buch schadlos. Das Buch wurde in der Kaiserlichen Hofkanzlei gefunden, in Ketten gelegt und im Gefängnis in der Rauhensteingasse arretiert, nachdem es unter Fluch- und Beschwörungsformeln verlesen und „peinlich befragt“ (Kultusgemeinde gabs schon, DÖW noch nicht), zur Verbrennung auf dem Scheiterhaufen verurteilt worden war.

Zur Erinnerung

Das vormals gute Verhältnis zwischen Israel und der Türkei ist auf dem Tiefpunkt angelangt. Nach der türkischen Drohung, den Botschafter abzuverufen, mußte sich Israels Regierung bei der Regierung in Ankara für ihr „undiplomatisches Verhalten“ entschuldigen. Anlaß zu der jüngsten Eskalation war laut türkischer Regierung eine „Beispiellose Demütigung“ ihres Botschafters. Er war zu der Entgegennahme einer israelischen Protestnote absichtlich auf einen deutlich niedrigeren Stuhl gesetzt worden als jener des israelischen Vize-Außenministers - und die ganze rüde Behandlung lief vor laufender Kamera ab.

Israel hatte Protest eingelegt gegen einen („Tal der Wölfe“) im türkischen TV, in welchem Israelis als Kindermörder dargestellt werden. Ähnliche Vorwürfe erhebt Türken-Premier Erdogan seit Israels Militärintervention in Gaza.

Türken wollen nach Hause?

42 % aller Türken in Deutschland überlegen, zurück in die Türkei zu ziehen, ganze 45 % fühlen sich in Deutschland unerwünscht. Insbesondere unter der Jugend ist eine verstärkte Hinwendung zu traditionellen türkischen Werten zu bemerken, von Assimilation keine Spur. So die liberale „Welt“.

Wenn Multi-Kulti zum Irrsinn wird: Deutsche Lehrerin von Moslems weggemobbt!

18 Jahre lang war Ursula E. (59) Lehrerin an ihrer Schule. Sie unterrichtete Mathe und Kunst, leitete die Theater-AG. Jetzt sitzt sie zu Hause – ohne Job. Gefeuert, weil sie muslimische Schüler versehentlich Schweinefleisch essen ließ.

Der Fall geschah an der Christophorus-Gesamtschule (302 Schüler) in Betzdorf (Rheinland-Pfalz). Die Lehrerin: „In der Kantine standen zwei Schüsseln mit Schnitzeln, einmal vier und einmal elf. Die waren nicht gekennzeichnet. Ich habe sie an die Kinder verteilt.“

Sie ahnte nicht, dass manche Schnitzel aus Hühnerfleisch waren, die anderen aus Schweinefleisch (im Islam verboten). Plötzlich fragte Schüler Ünal (9): „Hey, was ess ich hier für Fleisch?“ Lehrerin Ursula E. sagte: „Ich weiß es nicht.“

Der Junge ließ das Fleisch liegen, eine türkische Schülerin gab ihr Schnitzel einem deutschen Mädchen. Für die Lehrerin war der Fall erledigt. „Am nächsten Tag rief mich die völlig erboste Mutter des Jungen an“, sagt sie. Wenige Tage später erschienen 15 türkische Mütter und Väter an der Schule. Sie forderten aufgebracht, die Lehrerin zu entlassen.

Die Schulleitung reagierte schnell. Sie beurlaubte die Lehrerin, informierte die Schulbehörde. Ursula E.: „Ich musste die Schule sofort verlassen. Der Schulleiter sagte: ‚Sie unterrichten nicht mehr hier!‘ Im Gespräch mit der Schulrätin wurde mir nahegelegt, mich versetzen zu lassen ...“

An der Schule, die 45 muslimische Kinder besuchen, wurde Schweinefleisch abgeschafft – für alle! Die Schulleitung erklärte schriftlich, es werde „zukünftig neben vegetarischem Essen nur noch Geflügel und Rindfleisch“ angeboten.

Lehrerin Ursula E. hat sich bei den Eltern von Ünal K. entschuldigt – vergeblich. Sie ist seit sieben Monaten zu Hause, leidet unter Angstzuständen. Sie hat die Schule verklagt, fordert eine Rücknahme der Suspendierung.

So etwas schaffen nur Grüne

Das Wrack des Haider-Phaeton, die Aufforderung „Follow your leader“ und die Namen von HC Strache und Landeshauptmann Gerhard Dörfler samt fiktivem Sterbedatum: So das Plakat der grün-alternativen Jugend.

Abschaum.

EINLADUNG

Richard Melisch

spricht
zum Thema

„VERDRÄNGUNGSKAMPF UM DIE LETZTEN ÖLRESERVEN“

*Darstellung und Begründung der
„Peakoil“-Theorie*

Mittwoch, 10. November 2010,
19.00 Uhr

Achtung! Geänderter Vortragsort!

Treffpunkt Kultur
im Schulvereinshaus

Fuhrmanngasse 18 a, 1080 Wien,

ZITAT

Michael Moore, amerikanischer Regisseur und Dokumentarfilmer, in einem Interview mit dem SPIEGEL (46/09): „Ich stehe ehrlich zu dem, was ich empfinde, angesichts eines Systems, das zutiefst unfair ist und undemokratisch und unmoralisch. Es ist eine Schande, daß wir den Kapitalismus in seiner vorliegenden Form mit allen Auswüchsen tolerieren, obwohl die meisten Menschen wie ich finden, daß er gegen die wichtigsten ethischen Grundregeln verstößt.“

*Schön ist's, wenn wir Freunde kommen sehn.
Schön ist es ferner, wenn sie bleiben und sich mit uns
die Zeit vertreiben.
Doch wenn sie schließlich wieder gehn, ist's auch
recht schön.*

(Wilhelm Busch)

Islam: Eine wachsende Bedrohung für Europa?

Von einer zweimonatigen Reise durch Indonesien, dem größten Moslemstaat der Welt, zurück, las ich in der SN-Kontroverse vom 7.5. die Meinung von Herrn Unterberger, wonach der praktizierte Islam mit den Grundwerten unserer liberalen Demokratien nicht vereinbar wäre. Frau Krawagna-Pfeifer ist gegenteiliger Meinung. Nun: Indonesien hat zwar seit der Abdankung Suhartos (1998) eine respektable demokratische Entwicklung mit Mehrparteiensystem und relativ liberaler Presse hinter sich, aber der politische Islam ist zunehmend im Vormarsch und übt gewaltigen Druck auf die Gesellschaft und deren Meinungsbildung aus. Wenn man weiß, dass der Ein-Gott-Glaube in der Staatsverfassung verankert ist und die Hindus, z. B. auf Bali, dazu zwingt, mit interpretatorischen Tricks ihre Götterwelt zu verteidigen, wenn man weiß, dass in einigen Regionen, z. B. in Aceh auf Sumatra, die Scharia faktisch die staatliche Rechtsordnung ersetzt, wenn man weiß, dass noch immer Umsiedlungen von Moslems von Java auf andere Inseln erfolgen und dort religiöse und ethnische Konflikte schaffen, wenn man weiß, dass seit 2000 islamische Terrorakte gegen Christen, Chinesen, Hindus und Ausländer erfolgen, wenn man sieht, wie das Straßenbild von Kopftuchträgerinnen geprägt wird, obwohl es dies vor 15 Jahren nicht gab - Mädchen in Schulen tragen wegen des sozialen Drucks geschlossen Kopftuch, obwohl viele dies nicht wollen -, wenn man mitkriegt, wie diskriminierend das Rollenbild der Frau bleibt dann muss man wohl der Meinung Herrn Unterbergers zuneigen und jene von Frau Krawagna als gut gemeint, aber blauäugig titulieren. Mit Angst vor dem Islam hat das nichts zu tun.

Linke Menschenverachtung und arme Kinder

Die Vorkommnisse rund um die jüngste Rückführung einer Familie aus dem Kosovo verlangen nach einer Richtigstellung. In den Medien geistern viele neue Wortschöpfungen linkslinker Schreiberlinge und ideologisch verblendeter Radikalinskas herum.

Das Wichtigste vorweg: niemand wurde abgeschoben! Eine Abschiebung bedingt zunächst einmal einen gültigen Rechtstitel des Aufenthaltes. Diese Familie - deren Mutter ihr Dasein gerade in einer psychiatrischen Klinik fristet - kam im Jahr 2004 illegal nach Österreich und forderte Asyl. Nachdem der Krieg im eigenen Land schon lange vorbei war, wurde der Asylantrag selbstverständlich

negativ beschieden. Eine Heimreise sollte angetreten werden - alles kein Problem. Doch genau hier beginnen die menschenverachtenden Mechanismen linker Ideologien zu greifen. Statt der Heimreise und somit einen problemlosen Abschluß eines von vornherein niemals zu rechtfertigenden Asylantrages, wurde die mittlerweile bestens funktionierende Riege von Anwälten und selbsternannten Hilfsorganisationen eingeschaltet. Anwälte haben ein primäres Ziel - nämlich den persönlichen Gewinn. Linke Pseudohilfsorganisationen haben ebenfalls ein primäres Ziel - nämlich die eigene Existenz zu rechtfertigen. Beides wird seit Jahrzehnten sukzessive zu perfektionieren versucht.

Auf der Strecke bleiben die Familien und vor allem die Kinder, welche vom gutmenschlichen Geltungsdrang instrumentalisiert werden. Gewinnen können diese Menschen niemals. Entweder siegt die Rechtsstaatlichkeit oder der linke, degoutante Hochmut.

Neben der sowohl medial als auch von „Hilfsorganisationen“ schwer mißbrauchten Familie Zogaj als auch das letzte Beispiel der Rückführung der Zwillinge zeigt, daß die selbsternannten Helfer ausschließlich auf ideologisch motivierte Gesetzgebung fixiert sind, denn auf faktische Hilfeleistung. Wäre dies der Fall, wären die angesprochenen Menschen auf ihre Ausreise vorbereitet worden als diese mit advokatischen Winkelzügen - ohne jedwede Aussicht auf Erfolg - zu verhindern.

Auch die nun gestartete Aktion „Bock auf Kultur“ durch die sich ebenfalls in der moralischen Zwiespältigkeit befindliche Ute Bock sowie linker Radaubröder und Ideologiekasperl wie Josef Hader, Roland Düringer oder gar der selbsternannte TV-Mufti Michael Niavarani, ist eine Fortsetzung der Menschenverachtung im Banner des Roten Sterns.

Auch das Verteilen bunter Anstecknadeln - welche offenbar auch durch Kinderarbeit erzeugt wurden (<http://wien.orf.at/stories/475499/>) - wird das Bild aufrechterhalten, daß hinter jeglicher gutmenschlicher Fassade nur die grimmige, menschenverachtende Fratze blanken Egoismus' fristet.

ZITAT

Ich muss Politik und Krieg studieren, damit meine Söhne die Freiheit haben, Mathematik und Philosophie zu studieren. Meine Söhne sollten Mathematik und Philosophie studieren, außerdem Geographie, Naturgeschichte, Schiffbau, Navigation, Handel und Landwirtschaft, damit sie ihren Kindern das Recht geben, Malerei, Poesie, Musik, Architektur, Dekoration und Porzellan zu studieren. *(John Adams, 1735-1826)*

Wiener Beobachter, Folge 236 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber, Hersteller: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;
e-Post: kontakt@wienerbeobachter.at, Internetz: www.wiener-beobachter.at, www.afp-aktiv.info;

Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und

Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. * Vertragsnummer: GZ 02Z031542M * Erscheinungsort: Wien * Verlagspostamt: 1170 Wien
Konto: 00002394965, BLZ: 60000, Dr. Horst Ludwig, 1170 Wien